



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 05.10.2015

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 28.09.2015, 15:00 Uhr bis 17:10 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer-Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Svenja Rabenstein	GRÜNE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Erkelenz	CDU-Fraktion
----------------------	--------------

Beratende Mitglieder

Frau Lisa Hanna Gerlach	PIRATEN
Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP

Frau Dirim Su Derventli	BezirksschülerInnenvertretung
Herr Reinhold Goss	Stadtschulpflegschaft Köln
Frau Beate Habets	Evangelische Kirche

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Manuela Laukat	Stadtschulpflegschaft Köln
---------------------	----------------------------

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
-----------------------------	-----

Beratende Mitglieder

Herr Wolfram Baentsch	Alternative für Deutschland
Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Ebru Coban	Integrationsrat
Herr Gregor Berghausen	auf Vorschlag der SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Frau Utta Brauweiler-Fuhr	Evangelische Kirche
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Frau Lena Göwecke	BezirksschülerInnenvertretung
Frau Bettina Levy	Synagogen-Gemeinde Köln
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogen-Gemeinde Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Herr Dr. Zülfükar Genc	Integrationsrat
Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie folgt ergänzt:

Neu sind die Beantwortungen von Anfragen unter TOP 2.1.4 bis 2.1.6, die neuen Anfragen unter TOP 2.2.1 bis 2.2.4 (alle als Tischvorlage) und die Vorlage unter TOP 4.4 (ebenfalls als Tischvorlage).

Die Änderung der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0.1 Verpflichtung sachkundiger Einwohner/innen

0.2 Präsentation "Inklusive Berufsorientierung im Spannungsfeld verschiedener Ansprüche im schulischen Rahmen"

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Frühere Anfragen

2.1.1 Stadtbezirksübergreifende Schülerbewegungen
2580/2015

2.1.2 Beantwortung der Anfrage AN/1225/2015: Potenzialanalyse im Rahmen des KAoA-Programms
2692/2015

2.1.3 Beantwortung der Anfrage AN/1227/2015 Reform der Potenzialanalyse des KAoA-Programms
2695/2015

2.1.4 Schüler- und Klassenzahlen
2604/2015

2.1.5 Beantwortung der Frage von Frau Fuhrmann, sachkundige Einwohnerin (SPD), in der Sitzung vom 24.08.2015 zum Modell „Erweiterte Budgetierung“
2727/2015

2.1.6 Digitales Lernen
2638/2015

2.2 Neue Anfragen

2.2.1 Gesamtschule Nippes – Gefährdung der Oberstufe
AN/1462/2015

Anfrage AN/1462/2015 gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zur
Gesamtschule Nippes - Gefährdung der Oberstufe
2855/2015

2.2.2 Anmeldezahlen 2015 an den weiterführenden Schulen
AN/1463/2015

Anmeldezahlen 2015 an den weiterführenden Schulen
2856/2015

2.2.3 Schulweg-App auch für Köln?
AN/1464/2015

2.2.4 Ankauf eines Schulgrundstücks im Stadtbezirk Kalk
AN/1473/2015

**3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der
Bezirksvertretungen**

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Elisabeth-von Thüringen-Gymnasium, Nikolausstr. 51-53, 50937 Köln;
Erneuerung der Biologiefachräume
0967/2015

4.2 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Mensa-Neubaus in modularer Bau-
weise für die GGS Lochnerstr. 13-15, 50674 Köln
1568/2015

4.3 Beschluss über die Offenlage betreffend die 2. Änderung des
Bebauungsplanes 67409/04
Arbeitstitel: Gaedestraße in Köln-Marienburg, 2. Änderung - Schulstandort
1969/2015

4.4 Förderprojekte OGTS in Stadtteilen mit erhöhtem Jugendhilfebedarf -
Mittelverwendung sowie -freigabe im Hj. 2015
2709/2015

5 Mitteilungen

- 5.1 Planungsstand zum Erweiterungsbau des Gymnasiums Thusneldastr. 15-17, 50679 Köln mit 3-fach-Sporthalle und Neubau einer 1-fach Turnhalle für das Berufskolleg Deutzer Freiheit, Eumeniusstr. 4, 50679 Köln
1271/2015
- 5.2 Erstellung eines integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landesregierung "Starke Quartiere - starke Menschen" - Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
2489/2015

6 Anfragen

7 Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Gleichstellungsrelevante Themen

9 Mitteilungen

- 9.1 Besetzung der Stelle einer Schulleitung an der Katholischen Grundschule Zugweg, Zugweg 42-44, 50677 Köln-Altstadt/Süd
2653/2015

10 Personalien

- 10.1 Besetzung der Stelle Schulleitung an der Gemeinschaftshauptschule Johann Amos Comenius, Heerstr. 7 in 51143 Köln-Porz
2719/2015
- 10.2 Besetzung der Stelle Schulleitung an der KGS Nikolaus-Groß-Schule, Bernhard-Letterhaus-Str. 17 in 50670 Köln-Neustadt/Nord
2714/2015

11 Vorlagen

12 Anfragen

13 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

0.1 Verpflichtung sachkundiger Einwohner/innen

entfällt

0.2 Präsentation "Inklusive Berufsorientierung im Spannungsfeld verschiedener Ansprüche im schulischen Rahmen"

Zu Beginn der Sitzung trägt Frau Kellinghaus-Klingberg, Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, zusammen mit Frau Thoms vom Mittendrin e.V. eine Präsentation zur „Inklusiven Berufsorientierung im Spannungsfeld verschiedener Ansprüche im schulischen Rahmen“ vor (Anlage 1). Sie appellieren an die Politik, auf Grund der praktischen Erfahrungen auf Landesebene für eine Änderung der inklusiven Berufsorientierung hin zur flexiblen Förderung nach den Erfordernissen des Einzelfalles einzutreten. Sie schlagen vor, die für KAOA verwendeten Gelder in Köln für die praktische Erprobung eines wirklich inklusiven Berufsorientierungskonzeptes zu verwenden.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erklärt sich für seine Fraktion bereit, gegebenenfalls eine gemeinsame Resolution an das Land mit zu tragen.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, dankt den Vortragenden, dass sie aufgezeigt haben, dass Inklusion nicht an allen Schulen funktioniert hat und dass es Probleme gibt, die noch zu lösen sind.

Auch Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), plädiert dafür, die Programme den einzelnen Schüler/innen anzupassen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Frühere Anfragen

2.1.1 Stadtbezirksübergreifende Schülerbewegungen 2580/2015

Herr Dr. Schlieben bedankt sich bei der Verwaltung für die in Qualität, Inhalt und Umfang ausführliche Information, die als Grundlage für die weitere stadtteilübergreifende Schulentwicklungsplanung dient. Er bittet die Mitglieder des Ausschusses, die Mitglieder der Bezirksvertretungen in den Fraktionen zu motivieren, bedarfsorientiert über die Bezirksgrenzen hinaus an einer Umsetzung mitzuarbeiten.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass es sich bei den vorgelegten Zahlen um eine Momentaufnahme aus dem Schuljahr 2014/2015 handelt. Anmeldezahlen können sich schnell ändern, wenn zum Beispiel Schulleitungsstellen unbesetzt sind oder andere Schulangebote geschaffen werden. Die vorgelegten Zahlen und ihre weitere Entwicklung wird die Verwaltung bei der Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung berücksichtigen.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), sieht die vorgelegten Informationen als Beleg dafür, dass man bei den weiterführenden Schulen – insbesondere im Hinblick auf Angebotsschulen z.B. im musischen Bereich- bezirksübergreifend planen müsse. Nur für die Grundschulen gelte auch weiterhin der Grundsatz „Kurze Beine – kurze Wege“.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), schließt sich dem an.

Auch Herr Philippi, SPD-Fraktion, lobt den Umfang der Informationen, die inhaltlich nicht überraschend seien, aber als gute Grundlage für die weiteren Planungen bei den weiterführenden Schulen dienen können.

Frau Hauser, sachkundige Bürgerin (CDU), liest auf Seite 5, dass zahlreiche Schüler/innen zu den Gymnasien in die Innenstadt pendeln und interessiert sich für die möglichen Gründe.

Herr Pfeuffer führt dies darauf zurück, dass in der Innenstadt mehrere lange bestehende traditionelle Gymnasien liegen, die eine starke Sogwirkung haben.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.2 Beantwortung der Anfrage AN/1225/2015: Potenzialanalyse im Rahmen des KAoA-Programms 2692/2015

Der TOP wird gemeinsam mit TOP 2.1.3 behandelt (siehe dort).

2.1.3 Beantwortung der Anfrage AN/1227/2015 Reform der Potenzialanalyse des KAoA-Programms 2695/2015

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), ist überrascht über den Auszug aus dem Leistungsverzeichnis in der Beantwortung zu TOP 2.1.3, dass man Berufsfelder wie Landwirtschaft, Ernährung, Metall, Maschinenbau, Fahrzeuge, Elektronik etc. bei den Gymnasien ansiedelt. Sie sieht ein Übergewicht bei den handwerklichen Berufen und fragt, ob man an den Gymnasien die Berufsfelder flexibel um weitere akademische Berufe ergänzen könnte. Darüber hinaus sieht sie einen Widerspruch zwischen der Aussage auf Seite 2, dass kein Klassen- oder Schulvergleich stattfindet zu der Angabe bei Frage 2, dass doch Klassenprofile erstellt werden. Bei der Auswertung würden die Klassen demnach doch miteinander verglichen.

Frau Dr. Klein verweist auf den Vortrag zum Thema in der letzten Ausschusssitzung. Die Kritik am Verfahren gebe man an das Land weiter.

Herr Dr. Schlieben regt an, die Ausführungen zu den aufgeworfenen Fragen nochmals zu präzisieren.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hält es für sinnvoll, auch Schüler/innen in Gymnasien auf handwerkliche Fähigkeiten anzusprechen. Er möchte wissen, wann die unter der Antwort zu Frage 5 angekündigten Ergebnisse der Auswertung von Rückmeldungen des Schuljahres 2014/2015 veröffentlicht werden.

Frau Jung antwortet, dass Teile der Auswertung bereits in die Präsentation in der Sitzung vom 24.08.2015 eingeflossen sind. Die Gesamtauswertung kann zur nächsten Sitzung zur Verfügung gestellt werden.

Frau Ruffen fragt nach, ob die „Anmeldebögen“ im kommenden Jahr anders aussehen, wenn die Teilnahme verpflichtend wird.

Frau Jung erklärt, dass man unterscheiden müsse zwischen der Umsetzung der Potenzialanalyse als schulische Veranstaltung und der Einverständniserklärung, welche sich auf personenbezogene Daten beziehe, die zur Abrechnung weitergegeben werden müssen. Wenn die Potenzialanalyse weiterhin durch außerschulische Dienstleister stattfindet, dann wird man weiterhin die Einverständniserklärung benötigen.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, sieht die Anfrage und die Antwort zu TOP 2.1.3 zu stark auf Datenschutz hin ausgerichtet, wodurch der pädagogische Aspekt verloren gehe.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), bittet darum, dass man an das Land auch weitergibt, dass die Potenzialanalyse nicht inklusionsgerecht ist und deshalb überarbeitet werden muss.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, hält den Datenschutz für wichtig und der angesprochene Widerspruch müsse deshalb geklärt werden, da ohne eine Berechtigung zum Aufbewahren der Daten die Finanzierung des Verfahrens weg-falle. Am Beispiel des Schwerpunktes bei handwerklichen Berufsfeldern zeige sich, dass das Konzept der Potenzialanalyse auch nicht auf die unterschiedlichen Schwerpunkte des Gymnasiums anwendbar ist. Die Schulen sollten ein eigenes Entscheidungsrecht bekommen, welche Berufsfelder bei ihnen angeboten werden.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, hält es für problematisch, dass Flüchtlingen und Teilnahmeverweigerern an der Potenzialanalyse keine Teilnahme an der Berufsorientierung möglich ist und daher im weiteren Verfahren ausgeschlossen würden.

Frau Dr. Klein wiederholt, dass die Stadt lediglich die Koordinierung der Maßnahme durchführen muss und nur geringe Einflussmöglichkeiten auf das Konzept habe. Sie sagt zu, dass die Kritik an die zuständigen Stellen weitergeleitet wird.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.4 Schüler- und Klassenzahlen 2604/2015

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.5 Beantwortung der Frage von Frau Fuhrmann, sachkundige Einwohnerin (SPD), in der Sitzung vom 24.08.2015 zum Modell „Erweiterte Budgetierung“ 2727/2015

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.6 Digitales Lernen 2638/2015

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.2 Neue Anfragen

2.2.1 Gesamtschule Nippes – Gefährdung der Oberstufe AN/1462/2015

Anfrage AN/1462/2015 gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zur Gesamtschule Nippes - Gefährdung der Oberstufe 2855/2015

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), bedankt sich für die schnelle Beantwortung und sorgt sich darum, wie man interessierte Eltern außerhalb der Schule informieren kann.

Frau Dr. Klein wird die Frage an die Schule weitergeben. Dass die Baustelle wegen eines Einspruches seit Juni stillstehe sei ärgerlich für alle. Man versuche derzeit, das Verfahren mit einstweiligem Rechtsschutz zu beschleunigen, kann aber nicht voraussagen, ob das erfolgreich sein wird.

Herr Erkelenz, sachkundiger Bürger (CDU-Fraktion), fragt, ob man den Interimsstandort in der Schlagstraße noch länger als 2 Jahre nutzen kann oder noch vergrößern kann.

Frau Prandi antwortet, dass der Standort durch enge Abstandsflächen begrenzt ist, die nicht überschritten werden dürfen. Zeitlich habe man sich auf ein Jahr geeinigt. Nach zwei Jahren sei die Grenze erreicht.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.2.2 Anmeldezahlen 2015 an den weiterführenden Schulen AN/1463/2015

Anmeldezahlen 2015 an den weiterführenden Schulen 2856/2015

Herr Wirth, sachkundiger Einwohner (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), hat die am 27.04. vorgelegten Anmeldezahlen an weiterführenden Schulen mit einer (älteren) Liste von Frau Wojtczak, der für die Realschulen zuständigen Schulrätin, verglichen. Während die Liste der Bezirksregierung für die Johann-Bendel-Realschule in der Danzierstraße 121 angemeldete Schüler/innen auswies, wurden in der im Ausschuss vorgelegten Liste nur 80 Schüler/innen aufgeführt. Die Daten der Bezirksregierung seien auf Nachfrage von dem Schulleiter bestätigt worden.

Frau Dr. Klein antwortet, dass die angesprochene Liste der Bezirksregierung der Verwaltung nicht bekannt sei.

Frau Heuer ergänzt, dass die offizielle Statistik, wie sie dem Ausschuss vorgelegt wurde, aus den von den Schulleitungen elektronisch gemeldeten Zahlen entsteht. Frau Wojtczak sei bereits seit einiger Zeit pensioniert, sodass sich nicht mehr feststellen lässt, woher ihre Liste stammt. Man werde dies nochmals mit der neuen Schulaufsicht und dem Schulleiter zusammen klären.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.2.3 Schulweg-App auch für Köln? AN/1464/2015

Eine Antwort der Verwaltung lag noch nicht vor.

2.2.4 Ankauf eines Schulgrundstücks im Stadtbezirk Kalk AN/1473/2015

Herr Philippi, SPD-Fraktion, führt zu der Anfrage aus, dass für seine Fraktion die schulische Nutzung des in Frage stehenden Geländes oberste Priorität hat.

Frau Heuer erklärt, dass die Schulverwaltung das Grundstück bereits seit längerer Zeit zur Deckung des Bedarfes an einer Gesamtschule auch für die Innenstadt beobachtet. Die Schulverwaltung steht dort in Konkurrenz zu Bedarfen aus anderen Bereichen wie Gewerbe oder Wohnungsbau und benötigt die Stellungnahme des Schulausschusses, dass dort Schülerplätze benötigt werden.

3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Elisabeth-von Thüringen-Gymnasium, Nikolausstr. 51-53, 50937 Köln; Erneuerung der Biologiefachräume 0967/2015

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, fragt zu den Planungskosten in Höhe von rund 159.000 Euro, ob die extra ausgewiesenen Honorarkosten für externe Kräfte benötigt werden.

Frau Heuer bestätigt dies.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, liest auf Seite 3, dass die Klassen mit interaktiven Tafeln ausgestattet werden sollen und möchte wissen, ob die Lehrer vor Ort sich mit diesem Medium bereits auskennen.

Frau Heuer erklärt dazu, dass entsprechende Planungen nur nach Vorlage eines begründeten Konzeptes erfolgen. Die Qualitätsanalyse habe bestätigt, dass gerade die Naturwissenschaftler gerne mit den interaktiven Tafeln arbeiten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Durchführung der Fachraumerneuerung für den Bereich Biologie des Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasiums, Nikolausstr. 51-53, 50937 Köln mit Gesamtkosten (Bau-, Einrichtungs- und Planungskosten) in Höhe von 269.051.-€.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Mensa-Neubaus in modularer Bauweise für die GGS Lochnerstr. 13-15, 50674 Köln 1568/2015

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), geht davon aus, dass nach Feststellung der Planungskosten für die Leistungsphasen 1 bis 3 auch schon eine Kostenschätzung auf Basis der HOAI für die Gesamtmaßnahme vorliegen müsste, die sie aber in der Vorlage vergeblich sucht.

Frau Heuer erklärt dazu, dass nach dem neuen Verfahren die Planungskosten geschätzt werden. Erst nach Abschluss der Leistungsphase 3 kann ein Baubeschluss mit belastbaren Kosten vorgelegt werden.

Frau Volmer, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, ergänzt, dass mit der jetzigen Vorlage erst der Auftrag zur Planung erteilt wird, sodass man sich noch vor Anwendung der HOAI befindet. Die grobe Kostenprognose wird nicht auf deren Grundlage ermittelt.

Frau Dr. Klein spricht sich für das neue Verfahren aus, weil man sich in der Vergangenheit zu stark an den ersten Schätzungen orientierte. Valide Zahlen ergeben sich erst im Rahmen der Planung.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, möchte wissen, ob für diese Mensa das „cook and chill“-Verfahren vorgesehen ist.

Frau Heuer antwortet, dass dieses Verfahren überall mit eingeplant wird. Gerade an dieser Schule haben sich Schulleitung und Elternschaft intensive Gedanken zum Kochkonzept gemacht.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung eines Mensa-Neubaus in modularer Bauweise für die Gemeinschaftsgrundschule Lochnerstr. 13-15, 50674 Köln.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und die Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben. Der Planung ist das in der Raumliste aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen (Anlage 1). Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf rund 55.000 Euro. Die voraussichtlich im Haushaltsjahr 2015 aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten sind im Haushaltsplan 2015 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Beschluss über die Offenlage betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 67409/04
Arbeitstitel: Gaedestraße in Köln-Marienburg, 2. Änderung - Schulstandort
1969/2015**

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), bittet darum, die Frage der Lärmbelastigung von außen im Rahmen der Planung besonders im Blick zu halten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

„Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, den Entwurf zur 2. Änderung des Bebauungsplanes 67409/04 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet südlich der Gaedestraße - östlicher Teil des MI 2 - in Köln-Marienburg —Arbeitstitel: Gaedestraße in Köln-Marienburg, 2. Änderung - Schulstandort— nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung öffentlich auszulegen;
2. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls der Ausschuss Schule und Weiterbildung sowie die Bezirksvertretung Rodenkirchen ohne Einschränkung zustimmen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.4 Förderprojekte OGTS in Stadtteilen mit erhöhtem Jugendhilfebedarf - Mittelverwendung sowie -freigabe im Hj. 2015
2709/2015**

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

„Der Finanzausschuss sowie die Fachausschüsse beschließen – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung - die im Haushaltsplan 2015, gemäß Beschluss des Finanzausschusses vom 15.06.2015 eingestellten Haushaltsmittel im Umfang von 105.000 Euro zur Finanzierung von Förderprojekten in Offenen Ganztagschulen freizugeben.

Die Mittel sind für Förderprojekte, insbesondere für Projekte bzw. Kurse zur Gewaltprävention in den in Anlage 1 aufgeführten 49 Grundschulen in Wohnbereichen mit erhöhtem Jugendhilfebedarf zu verwenden. Jede der 49 Schulen erhält 2.140 Euro zur Finanzierung der Personal- und Sachkosten.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitteilungen

5.1 Planungsstand zum Erweiterungsbau des Gymnasium Thusneldastr. 15-17, 50679 Köln mit 3-fach-Sporthalle und Neubau einer 1-fach Turnhalle für das Berufskolleg Deutzer Freiheit, Eumeniusstr. 4, 50679 Köln 1271/2015

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), bemängelt, dass man mittlerweile 5 Jahre bis zum Abschluss der Leistungsphase 1 (Grundlagenermittlung) benötigte. Hätte man das Raumprogramm nicht mit der Schule diskutiert, sondern sofort gebaut, so könnte man längst fertig sein.

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, liest in der Vorlage, dass in Abstimmung mit der Schulleitung Reduzierungen durchgeführt werden konnten und möchte wissen, welche Reduzierungen dies waren.

Frau Dr. Klein sagt zu, dass dies schriftlich beantwortet wird.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ergänzt, dass ihn interessiert, ob auch die Eltern zu den Reduzierungen gefragt wurden.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass die Anmerkungen aus der Politik in verschiedene Richtungen zeigen: Während die einen mehr Beteiligung fordern, bemängeln die anderen die Verzögerungen durch zu viel Diskussionen. Zur Verkürzung der Planungen müssen künftig die Diskussionen durch wiederholte Beteiligung, die immer wieder zu Umplanungen führten, erheblich eingeschränkt werden.

Frau Heuer führt an, dass einzelne Eltern sehr individuelle Prioritätensetzungen mit in die Diskussion einbringen, bei denen die Verwaltung aus Erfahrung weiß, dass diese nach Abschluss der Planung nicht zukunftsfähig sind. Dies habe in der Vergangenheit oft zu falschen Entscheidungen und Verzögerungen geführt.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, widerspricht der Aussage, dass die Beteiligung von Schulen oder Eltern zu Zeitverzögerungen geführt hätte. Es gäbe Optimierungsmöglichkeiten durch bessere Moderation. Die Beteiligung sollte deshalb weiterhin erfolgen.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), fragt nach, ob die Kostensteigerung –insbesondere bei der Turnhalle von 1,8 auf 2,7 Millionen Euro– allein auf Indexsteigerungen zurückzuführen ist.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, sieht den Grund für Verzögerungen darin, dass mittlerweile 17 Institutionen für den Bau einer Schule beteiligt werden müssen. Nicht die Eltern oder die Politik, sondern diese Institutionen ziehen das Verfahren in die Länge. Eine sinnvolle Beteiligung auf Schulebene sei unverzichtbar. Dabei müssten die Fachleute dafür sorgen, dass die dabei entwickelten Konzepte sinnvoll und zukunftsfähig sind, indem sie gegen egoistische Ziele einschreiten und überzeugen.

Frau Ruffen bittet darum, dass man künftig Beschlüsse nicht mehr hinterfragt und immer von neuem aufgreift, sondern dabei bleibt.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, bittet darum, dass die Verwaltung einmal in einer Mitteilung die notwendige Dauer der 9 Leistungsphasen beim Schulbau skizziert.

Frau Laukat, Stadtschulpflegschaft, berichtet, dass man bei der Europaschule / Gesamtschule Zollstock versuchte, ein Standard-Raumkonzept auf eine Generalinstandsetzung anzuwenden. Diese erst nach 2 Jahren von der Verwaltung eingebrachte Vorgabe habe die Planung erheblich behindert.

Frau Heuer weist darauf hin, dass die Verwaltung nach den Schulbauleitlinien dazu verpflichtet ist, Standard-Raumprogramme einzuhalten. Die Standards mussten für Fachräume und für Schulformen entwickelt werden, damit die Schulbauten finanziell planbar bleiben.

5.2 Erstellung eines integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landesregierung "Starke Quartiere - starke Menschen" - Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung 2489/2015

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), möchte wissen, ob die Schätzungen für weitere Entwicklungen bereits auf Grund der Flüchtlingssituation in den zurückliegenden 4 Wochen angepasst wurden und ob dadurch die bisher geplanten Maßnahmen gefährdet sind, weil bisher geschätzte Kosten überschritten werden.

Herr Schwamborn, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, antwortet, dass die aktuelle Flüchtlingsproblematik bei den vorgesehenen Maßnahmen bisher noch nicht berücksichtigt wurde. Es gibt möglicherweise zeitliche Probleme, die aktuellen Zahlen innerhalb der laufenden Fristen noch anzupassen: Am 10.02.2015 hat das Land dazu aufgerufen, die Maßnahmen für die Förderphase 2014 bis 2020 anzumelden. Sämtliche vorgeschlagenen Projekte müssen bis 2020 sowohl durchgeführt als auch abgerechnet sein.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen, SPD-Fraktion, weist auf den nicht mit umgedruckten Katalog von 500 Seiten hin, in dem sämtliche Maßnahmen beschrieben werden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

Herr Erkelenz, CDU-Fraktion, hat erfahren, dass die **Turnhallen am Dreikönigsgymnasium in Bilderstöckchen für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt** werden sollen. Er möchte wissen, wie ggfs. der Sportunterricht an dieser Schule gewährleistet werden soll und mit welchem Vorlauf die Schulen informiert wurden.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass in dieser und vielen anderen Turnhallen eine Belegung durch Flüchtlinge beabsichtigt ist. Sobald sich die Task Force zu einer Belegung entscheidet, teilt sie Zeitpunkt und Ort dem Fachdezernat mit, das sofort Kontakt mit der Schulleitung und dem Stadtsportbund und den Sportvereinen aufnimmt. Da nirgendwo Hallen leer stehen, sucht man nach Alternativen wie benachbarten Turnhallen oder möglichen Anmietungen, um die entstehenden Versorgungslücken möglichst gering zu halten.

Frau Heuer ergänzt, dass sie regelmäßig an den wöchentlichen Sitzungen der Task Force teilnimmt und dadurch frühzeitig bereits in der Prüfphase informiert wird und die Schulen mit einbindet. Indem man die Schulen in der Umgebung mit einbindet, wird die Belastung auf alle verteilt, sodass die Nachbarschulen die Reduzierung der Sportzeiten an den unmittelbar betroffenen Schulen durch die Abgabe eigener Sportzeiten lindern helfen. So kann das beispielsweise dazu führen, dass alle Schulen im Umkreis

ihre 3 Stunden Sport auf 2 Stunden kürzen. Dies ist so auch am Dreikönigsgymnasium möglich und geplant.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, regt in diesem Zusammenhang an, an den 9 Schulen, wo die Turnhallen wegen der Gefahr herunterfallender Deckenplatten geschlossen wurden, die Sanierung zu beschleunigen, um die entstehenden Engpässe auffangen zu können. Die Eltern fordern, dass auch zukünftig Sportleistungskurse in der Oberstufe angeboten werden müssen.

Frau Volmer, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, erklärt in Bezug auf die geschlossenen Turnhallen, dass dort unterschiedliche Maßnahmen erforderlich sind mit unterschiedlichen Zeitrahmen. Sicher sei aber, dass in allen Turnhallen mit Deckenschäden Gerüste aufzubauen sind, sodass diese Hallen über einen längeren Zeitraum nicht nutzbar sind. Sie sagt eine Information über die Anzahl der geschlossenen Hallen und die notwendigen Maßnahmen zu.

Frau Heuer ergänzt, dass alle Turnhallen an Schulen mit Sportleistungskursen in Absprache mit dem Amt für Wohnungswesen von der Belegung durch Flüchtlinge ausgenommen sind.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, fragt nach, wie viele Turnhallen für die Belegung mit Flüchtlingen genutzt werden und in welchem prozentualen Umfang dies zu Kürzungen beim Sportunterricht führt.

Frau Dr. Klein informiert, dass aktuell 7 Schulturnhallen für die Belegung mit Flüchtlingen genutzt werden. Weitere 3 werden noch geprüft. Frau Klug hat als Leiterin der Task Force erklärt, dass es für sie höchste Priorität habe, andere Gebäude zu nehmen und nur im äußersten Notfall Schulturnhallen zu nutzen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass in Ermangelung anderer Immobilien noch weitere Turnhallen belegt werden müssen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bezieht sich auf die Vorlagen zum **Grundschulverbund Vogelsanger Straße** und fragt nach, ob bereits ein Gespräch mit den Eltern der Schulen geführt wurde.

Frau Dr. Klein antwortet, dass ein solches Gespräch für den 30.09. angesetzt sei.

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, fragt nach, ob es bei der Zusammenführung einer Gemeinschaftsgrundschule mit einer konfessionell gebundenen Grundschule möglich sei, dass der offene Ganztagsunterricht auch weiterhin von zwei Trägern durchgeführt wird. Außerdem möchte er wissen, wie der Zweig der Gemeinschaftsgrundschule künftig in der konfessionellen Stammschule repräsentiert wird, z.B. durch eine Teilelternschaft, einer Teilschulkonferenz und der Beteiligung an der Leitung.

Frau Dr. Klein antwortet, dass fachliche Bedenken gegen zwei getrennte Träger einer offenen Ganztagschule an einer Grundschule bestehen, die im Rahmen des angesetzten Gespräches erläutert und diskutiert werden sollen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bittet um einen Sachstandsbericht zu der **Unterbringung der Montessori-Pänz am Venloer Wall**.

Frau Dr. Klein berichtet dazu, dass es am Ende der Sommerferien einen Ortstermin zusammen mit den Eltern gab. Die Immobilie sei marode. Es ist schwer, einen Beschluss zur Bebauung des inneren Grüngürtels zu bekommen. Die Verwaltung schlägt daher vor, das bestehende Gebäude insbesondere durch die Erneuerung des Daches zu sanieren und alternative Standorte zu suchen.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), wendet ein, dass der Kindergarten vor Ort in modularer Bauweise auch erweitert werden konnte. Die vorhandenen Räumlichkeiten seien schon jetzt zu klein. Deshalb sollte zumindest für eine Übergangszeit geprüft werden, was für Voraussetzungen für eine Erweiterung vor Ort in modularer Bauweise gelten.

Frau Dr. Klein erklärt, dass die Verwaltung bereit ist, eine Bebauung des Grüngürtels zu prüfen, wenn die Politik dazu ein klares politisches Votum fällt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, fragt zum Anmeldeverfahren für Schüler/innen in der Sekundarstufe II, ob durch „Schüler online“ eine persönliche Vorstellung an den Schulen entfalle. Er halte die für die Schulen zu langen Terminsetzungen von 4 Wochen für problematisch, wenn dadurch Schüler/innen ausgeschlossen werden, eine gewünschte Schule zu besuchen.

Frau Dr. Klein sagt zu, dass die Fristen und das Anmeldeverfahren zur Sekundarstufe II schriftlich dargestellt werden.

Frau Laukat, Stadtschulpflegschaft, fragt zur **Gesamtschule Holweide**: Warum wurde der **Bauantrag für das neue Naturwissenschaftshaus** noch nicht gestellt, obwohl er für 2015 geplant war?

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, erinnert an ihre Anfrage zur **Lehrerparkplatzsituation am Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium**: Mit Beginn der Baumaßnahmen im nächsten Jahr fällt der Lehrerparkplatz auf Dauer weg. Erhalten die Lehrer/innen als Entschädigung ein Job-Ticket der KVB?

Frau Heuer erinnert, dass diese Frage bereits beantwortet wurde: Die Parkplatzsituation am EvT-Gymnasium wird sich verschlechtern, weil der Platz für Mobilbauten benötigt wird. Die Bezirksregierung plant nach ihrer Auskunft, allen Landesbediensteten Job-Tickets zu ermöglichen. Die Kommune ist nicht dafür zuständig.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), erwidert, dass Düsseldorf seinen Lehrer/innen Job-Tickets zur Verfügung stelle.

Frau Heuer antwortet, dass die Stadt Köln sich solche Ausgaben nicht leisten könne.

Herr Dr. Schlieben bittet um schriftliche Darstellung des Sachstandes zur **Raumluftmessung an der Olympiaschule**: Wo liegt die Problematik? Was wurde bisher unternommen? Wann ist das erledigt?

7 Verschiedenes

Köln, den 16.10.2015

Dr. Schlieben

Vorsitzender

Bernecker

Schriftführer

Anlage 1: Präsentation "Inklusive Berufsorientierung im Spannungsfeld verschiedener Ansprüche im schulischen Rahmen" (zu TOP 0.2)